

Dr. Felix Klein
Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben und den Kampf gegen Antisemitismus
Alt-Moabit 140
10557 Berlin
Tel.: 030-1868111046
www.antisemitismusbeauftragter.de

Mail 3.12.2020

Sehr geehrter Herr Dr. Sasse,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 27. November. Ich freue mich darüber, dass Ihre Mandanten und ich darin übereinstimmen, jeglicher Form von Antisemitismus entschieden entgegenzutreten.

Mit meinen Ausführungen in der Bundespressekonferenz am 24.11. wollte ich den Blick darauf lenken, dass die in den letzten Tagen und Wochen erfolgten antisemitischen Grenzüberschreitungen im Zuge der Proteste gegen die staatlichen Corona-Maßnahmen Widerspruch erforderlich machen. Die für die Proteste maßgebliche „Querdenken“-Bewegung zieht dabei Menschen mit ganz unterschiedlichen Hintergründen an - aus der Mitte der Gesellschaft ebenso wie problematische, extremistische Gruppen – und motiviert sie zu gemeinsamem Handeln. Dabei ist zu beobachten, dass antisemitische Narrative als Bindeglied verwendet werden. Das ist in dieser Form neu und muss der Politik und der Gesellschaft in Deutschland zu denken geben. Es gehört zu meinen Aufgaben als Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben und den Kampf gegen Antisemitismus, auf den wachsenden Judenhass aufmerksam zu machen. Verschwörungsmysen und Holocaust-Relativierungen sind keine legitime Kritik. Dabei spielt es selbstverständlich keine Rolle, ob sie beispielsweise von Lehrern, Software-Programmiererinnen, Ärzten, Anwältinnen oder eben Heilpraktikern geäußert werden.

Natürlich gibt es in allen Berufsständen die unterschiedlichsten politische Ansichten und es finden sich unter den Protestierenden Angehörige verschiedenster Berufe. Bei meinen Ausführungen in der Bundespressekonferenz wollte ich keine Pauschalierungen gegenüber allen Heilpraktiker*innen in Deutschland vornehmen. Sollte der Eindruck entstanden sein, dass ich allgemein die Heilpraktiker*innen oder alle Menschen aus der Friedensbewegung in unserem Land als Mitverantwortliche der oben beschriebenen Entwicklung betrachte, dann bedaure ich dies ausdrücklich. Ihrem Petition, zukünftig davon abzusehen, die Berufsbezeichnung „Heilpraktiker“ in Zusammenhang mit Antisemitismus zu bringen, komme ich gerne nach.

Darüber hinaus liegt es mir fern, jede Kritik gegen die staatlichen Corona-Maßnahmen als antisemitisch zu bezeichnen. Kritik ist eine Grundvoraussetzung demokratischer Meinungsbildung. Ich begrüße es sehr, dass sich Ihre Mandanten von dem oben beschriebenen antisemitischen Gedankengut entschieden distanzieren. Wichtig ist es, gegen Judenhass zusammenzustehen, denn er bedroht unsere Gesellschaft als Ganzes. Antisemitismus muss von überall her bekämpft werden, gleichgültig ob er von links, von rechts oder aus der Mitte der Gesellschaft kommt.

Ich möchte unseren Austausch dazu nutzen, Sie auf das von Ihnen in Ihrem Schreiben erwähnte Heilpraktikergesetz aus dem Jahr 1939 anzusprechen. Ich setze mich seit Langem dafür ein, dass sämtliche in der NS-Zeit erlassenen und bis heute gültigen Gesetze - und davon gibt es erschreckend viele - auf den Prüfstand kommen. Um die Gesetzgebung der Bundesrepublik Deutschland von den Resten und Schatten des Nationalsozialismus zu befreien, sollten sie nach meinem Dafürhalten noch einmal formell als Bundesgesetze verabschiedet werden. Hierzu zählt auch das Heilpraktikergesetz, das weder vom Reichstag noch von einem anderen Legislativorgan, sondern - wie es in der heute noch gültigen Eingangsformel heißt – von der Reichsregierung beschlossen und verkündet wurde. Im Gesetzestext selbst ist noch vom „Reichsminister des Innern“ sowie vom „Reichsminister für Wissenschaft und Volksbildung“ die Rede. Ich hoffe und kann es mir nicht anders vorstellen, dass diese Initiative auch im Sinne Ihrer Mandanten ist und würde mich freuen, wenn diese das genannte Anliegen durch Ansprache an Bundestagsabgeordnete sowie gegenüber dem Bundesgesundheitsministerium unterstützen könnten.

Mit freundlichen Grüßen
Felix Klein